

## Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

02. Februar 2014

### Afghanistan

#### Sicherheitslage

Am 01.02.14 erschossen Unbekannte in der westafghanischen Stadt Herat zwei Mitarbeiter des Präsidentschaftskandidaten und ehemaligen Außenministers Abdullah Abdullah.

#### Wahlkampfbeginn

Am heutigen 03.02.14 beginnt offiziell der Wahlkampf um die Nachfolge von Präsident Karzai. Unter den elf Bewerbern befinden sich Menschenrechtsaktivisten zufolge mindestens neun, denen als ehemaligen Milizenführern Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen werden.

#### Zahl der freiwilligen Rückkehrer aus Pakistan und Iran gesunken

Nach Angaben des UNHCR seien im vergangenen Jahr 31.000 registrierte afghanische Flüchtlinge mit Unterstützung der UN aus Pakistan nach Afghanistan zurückgekehrt. Im Vorjahr waren es noch 86.000 Personen. Aus Iran sind 2013 über 8.000 Personen zurückgekehrt. Als Gründe für die Zurückhaltung der freiwilligen Rückkehrer werden die unsicheren Zukunftsaussichten in Afghanistan genannt (bevorstehende Präsidentschaftswahlen, Rückzug des ausländischen Militärs) sowie die Tatsache, dass seit Beginn des Rückkehrprogramms 2001 die meisten derjenigen, die rückkehrwillig sind, bereits zurückgekehrt sind. Die Zahl der in Pakistan verbleibenden afghanischen Flüchtlinge wird auf rund 1,6 Millionen geschätzt. Ab dem nächsten Monat erhalten die registrierten Flüchtlinge neue „Proof of Registration“ (PoR) Karten (die den legalen Aufenthalt dokumentieren), die bis Ende 2015 Gültigkeit haben. In Iran leben nach UN-Angaben rund 800.000 registrierte afghanische Flüchtlinge. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch geht davon aus, dass sich weitere 1,4 bis 2 Millionen Afghanen illegal dort aufhalten. Sie unterliegen zahlreichen Diskriminierungen und sind ständig von Ausweisung bedroht.

### Irak

#### Allgemein Sicherheitslage

Auch in der vergangenen Woche kam es täglich zu Anschlägen. Nach der Zählung von Iraq Body Count liegt die Zahl der Todesopfer unter der Zivilbevölkerung im Januar 2014 bei 1.076.

Nach Angaben von UNAMI (United Nations Assistance Mission for Iraq) wurden im Januar 2014 insgesamt 733 Iraker getötet, davon 618 Zivilpersonen und 115 Mitglieder der irakischen Sicherheitskräfte. Weitere 1.229 wurden verletzt, davon 1.052 Zivilpersonen und 177 Mitglieder der irakischen Sicherheitskräfte. UNAMI weist darauf hin, dass in den Opferzahlen für Januar die Zahl der Opfer, die sich aus den anhaltenden Kämpfen in der Provinz Anbar ergeben nicht enthalten sind, da es Probleme bei der Feststellung des Status der Getöteten und Verletzten gibt.

Bagdad war die von Gewalt am stärksten betroffene Provinz mit 882 zivilen Opfern (297 Getötete, 585 Verletzte), gefolgt von Salahaddin (105 Getöteten und 169 Verletzte), Diyala (89 Getötete, 90 Verletzte), Ninive (81 Getötete, 82 Verletzte) und Kirkuk (21 Getötete, 101 Verletzte).

Nach einer Zählung der Nachrichtenagentur AFP, die nicht nach Provinzen aufgeteilt ist, liegt die Gesamtzahl der Todesopfer im Januar 2014 bei 991. Davon sind 57 Polizisten, 67 Soldaten, 20 Mitglieder der Sahwa, 2 Mitglieder der kurdischen Sicherheitskräfte und 389 Militante.

Lt. Pressemeldung der Katholischen Nachrichtenagentur vom 02.02.14 sind die Opferzahlen nach der arabischen Zeitung „Arab News“, die sich auf Angaben der irakischen Ministerien für Gesundheit, Inneres und Verteidigung stützt, höher. Danach starben im Januar 1.013 Menschen, davon 795 Zivilisten. Weitere 2.024 wurden verletzt, davon 1.633 Zivilisten.

### **Lage in der Provinz Anbar**

Nach den Ausführungen von UNAMI, die auf Angaben der Gesundheitsbehörde in Anbar beruhen, liegt die Gesamtzahl der zivilen Opfer in Anbar bis 27.01.14 bei 138 getöteten Menschen und 598 Verletzten. Davon wurden in Ramadi 79 getötet und 287 verletzt. In Falluja gab es 59 Todesopfer und 311 Verletzte. Medienberichten vom 31.01.14 zufolge, die sich auf Angaben der Gesundheitsbehörde der Provinz Anbar beziehen, liegt die Zahl der zivilen Todesopfer im Januar 2014 in der überwiegend sunnitischen Provinz Anbar bei 140, die der Verletzten bei 550.

Die irakische Armee hat lt. Pressemeldung vom 02.02.14 am 01.02.14 ihre Operationen gegen islamistische Kämpfer in den Städten Ramadi und Falluja verstärkt. Bei einem Angriff auf die Stadt Ramadi, die zum Teil von islamistischen Aufständischen kontrolliert wird, kamen 35 Rebellen ums Leben. In der Stadt Falluja, die lt. Pressemeldung vollständig von ISIL/ISIS-Kämpfern kontrolliert wird, wurden bei Angriffen der irakischen Luftwaffe 15 Aufständische getötet. Bei den Kämpfen in der Provinz Anbar stehen sich nach Pressemeldung irakische Armee und Polizei auf der einen Seite und die Terrororganisation Islamischer Staat des Irak und der Levante (ISIL/ISIS) sowie mit ihr verbündete Kämpfer auf der anderen Seite gegenüber. Die Provinz Anbar grenzt an Syrien.

## **Pakistan**

### **Sicherheitslage**

Bei einem Bombenanschlag auf ein Kino in der nordwestpakistanischen Stadt Peshawar wurden am 02.02.14 mindestens vier Menschen getötet und 31 weitere verletzt.

### **Stammesgericht ordnet Massenvergewaltigung einer Witwe an**

Ein illegales Stammesgericht in der ostpakistanischen Provinz Punjab hat in der vergangenen Woche die Gruppenvergewaltigung einer 45 Jahre alten Witwe angeordnet. Das Stammesgericht wollte damit eine außereheliche Beziehung des Bruders der Frau bestrafen und eine Familienfehde beilegen. Die pakistanischen Behörden haben am 31.01.14 sechs Verdächtige festgenommen.

## **Syrien**

### **Friedenskonferenz in Genf ohne Ergebnis beendet**

Die im Rahmen der Friedenskonferenz in Genf geführten mehrtägigen Gespräche zwischen den Konfliktparteien gingen am 31.01.14 ohne Ergebnis zu Ende, weder eine politische Annäherung noch eine Aussicht auf ein Ende des Blutvergießens in Syrien konnten erreicht werden. Die in Genf getroffene Vereinbarung, dass die Zivilisten die vom Militär eingekesselte Stadt Homs verlassen dürfen, wurde bis zum 31.01.14 nicht umgesetzt. Die Staatenkontaktgruppe „Freunde Syriens“ äußerte sich „empört“ darüber, dass die syrische Regierung an ihrer Strategie „verhungert oder ergebt Euch“ weiterhin festhält. Der UN-Vermittler Lakhdar Brahimi hofft auf eine Fortsetzung der Gespräche am 10.02.14.

### **Bürgerkrieg in Syrien geht weiter**

Die Organisation Syrischer Menschenrechtsbeobachter in London gab am 31.01.14 bekannt, dass seit Beginn der Friedensgespräche am 22.01.14 rund 1.900 Menschen in Syrien ums Leben gekommen seien, darunter 498 Zivilisten. 72 Personen seien in den Gebieten verhungert, die von den syrischen Streitkräften von der Außenwelt abgeschnitten worden seien.

Bei Luftangriffen auf die Stadt Aleppo im Norden Syriens sollen am 01.02.14 mindestens 85 Menschen getötet worden sein; 65 Zivilisten, darunter 13 Kinder. Die Wirtschaftsmetropole ist seit 2012 heftig umkämpft, momentan kontrolliert die syrische Armee den Westen der Stadt, während Aufständische den Osten besetzt halten. Im syrischen Bürgerkrieg sollen bisher mindestens 136.000 Menschen getötet worden sein, darunter 48.000 Zivilisten, wobei die Dunkelziffer vermutlich höher liegen dürfte.

### **Flüchtlingskrise in und außerhalb Syriens**

Der UN-Flüchtlingskommissar Antonio Guterres teilte am 31.01.14 auf der Münchner Sicherheitskonferenz mit, dass der Bürgerkrieg in Syrien die schlimmste Flüchtlingskrise seit dem Völkermord in Ruanda vor zwanzig Jahren ausgelöst habe. Mindestens 2,4 Millionen Syrer hätten ihr Land verlassen, 6,5 Millionen seien Binnenflüchtlinge. 240.000 Menschen lebten in Gebieten, die für die internationale Hilfe nicht erreichbar seien.

## **Libanon**

### **Bombenanschlag der Jabhat al-Nusra im Norden Libanons**

Die al-Qaida nahe stehende Jabhat al-Nusra (auch al-Nusra-Front) bekannte sich zu einem Bombenanschlag am 01.02.14 im Norden Libanons, bei dem vier Menschen getötet und mehr als zwanzig z.T. lebensgefährlich verletzt wurden. Der Anschlag fand in Hermel, einer Hochburg der schiitischen Hizbollah statt, in der bereits vor ca. zwei Wochen durch einen Selbstmordanschlag fünf Personen ums Leben kamen. Die zunehmende Gewalt im Libanon hängt mit dem Bürgerkrieg in Syrien zusammen.

## **Jemen**

### **Deutscher im Jemen entführt**

Ein etwa 60 Jahre alter Deutscher wurde am 31.01.14 in der jemenitischen Stadt Sanaa gekidnappt und in eine Stammesregion östlich von Sanaa gebracht. Der Entführer forderte die Freilassung seiner zwei inhaftierten Söhne. Im Jemen kommt es immer wieder zu Entführungen von Ausländern, meist durch Volksgruppen, die Zugeständnisse von der Zentralregierung fordern und ihre Opfer danach unverletzt freilassen. Ein Leibwächter der deutschen Botschafterin im Jemen wurde im Oktober 2013 getötet, als er sich gegen einen Entführungsversuch wehrte.

## **Saudi-Arabien**

### **Umstrittenes Anti-Terror-Gesetz in Kraft gesetzt**

Am 02.02.14 setzte König Abdullah ein im Dezember 2013 vom saudischen Kabinett erlassenes neues Anti-Terror-Gesetz in Kraft. Das umstrittene Gesetz enthält weit gefasste und vage Formulierungen und erlaubt es den Sicherheitskräften, Wohnungen und Büros ohne richterliche Anordnungen zu durchsuchen. Menschenrechtsaktivisten befürchten, dass Kritik an der Monarchie und ihrer Politik kriminalisiert werden kann.

## **Ägypten**

### **Journalisten angeklagt**

Wegen angeblich parteiischer Berichterstattung im Zusammenhang mit den Demonstrationen von Anhängern des gestürzten Präsidenten Mursi und der Räumung von Protestlagern im August 2013 erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen 20 Journalisten des Fernsehsenders al-Dschasira (16 Ägypter, zwei Briten, ein Australier und ein Niederländer). Sie wirft den Journalisten vor, Mitglieder in einer terroristischen Organisation zu sein sowie der nationalen Einheit und dem sozialen Frieden geschadet zu haben. Al-Dschasira wird von Katar finanziert. Dies hatte den Sturz Mursis scharf verurteilt.

### **Auflösung der Muslimbruderschaft bestätigt**

Ein Berufungsgericht in Kairo bestätigte am 01.02.14 ein erstinstanzliches Urteil vom September 2013, das die Auflösung der Muslimbruderschaft verfügt hatte. Mit dem Berufungsurteil wird auch die Schließung von etwa 1.000 wohltätigen Stiftungen der Muslimbruderschaft und der Einzug ihres Vermögens rechtskräftig.

## **Libyen**

### **Anschlag auf Innenminister**

Der libysche Innenminister Seddik Abdelkarim entging am 29.01.14 in der Hauptstadt Tripolis einem Mordanschlag. Unbekannte Angreifer beschossen sein Auto, als er sich gerade auf dem Weg ins Parlament befand. Keiner der Wageninsassen wurde jedoch dabei verletzt.

## **Nigeria**

### **Viele Tote bei Attacken auf Dorfbewohner**

Am 26.01.14 griffen Bewaffnete in Militäruniformen im Dorf Wada Chakawa (nordöstlicher Bundesstaat Adamawa, Madagali Local Government Area) die Besucher des Sonntagmorgengottesdienstes in der katholischen Kirche mit Maschinengewehren und Sprengsätzen an. Anschließend setzten sie Häuser in Brand und nahmen Dorfbewohner als Geiseln. Bei dem etwa 4 Stunden dauernden Angriff sollen mindestens 53 Menschen getötet worden sein.

Am selben Tag attackierten etwa 50 Bewaffnete gegen 17 Uhr den Sonntagsmarkt im Dorf Kawuri (nordöstlicher Bundesstaat Borno, Konduga Local Government Area) an. Hierbei schossen sie wahllos auf die Menschen und zündeten Sprengsätze. Bevor sie flüchteten, brannten sie rund 300 Häuser des Dorfes nieder. Mindestens 83 Personen kamen um.

Beide Angriffe werden Mitgliedern der radikal-islamischen Organisation Boko Haram zugeschrieben.

### **Prominenter Salafisten-Führer erschossen**

Am 01.02.14 verübten Unbekannte gegen 22 Uhr einen Anschlag auf den bekannten Islamgelehrten und Führer der Salfistischen Bewegung in Nigeria, Sheikh Mohamed Awwal Adam Albani, bekannt als „Albani von Zaria“. Als dieser in der Stadt Zaria (nördlicher Bundesstaat Kaduna) von einer Lehrveranstaltung nach Hause fuhr, stoppten sie in der Shehu Idris Straße das Auto und schossen auf die Insassen. Seine Frau und sein 18-jähriger Sohn wurden getötet, Albani starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Drei seiner Kinder und ein Schüler, die sich ebenfalls im Fahrzeug befanden, erlitten Schussverletzungen. Albani war ein prominenter Kritiker der Boko Haram. Er hatte in der Vergangenheit deren Mitglieder aufgefordert, mit der Tötung von Menschen aufzuhören, da dies im Widerspruch zum Islam stehe.

### **Priester getötet**

In der Nacht des 31.01.14 griffen Bewaffnete das Dorf Sabon Gari Yamdula (Madagali Local Government Area, nordöstlicher Bundesstaat Adamawa) an. Sie töteten zehn Dorfbewohner sowie den Pastor der evangelischen EYN („Kirche der Geschwister“) – Kirche. Als Täter werden Angehörige der Boko Haram vermutet.

## **Somalia**

### **Drohnenangriff auf Führer der al-Shabaab**

Aus amerikanischen und somalischen Sicherheitskreisen wurde bekannt, dass ein Drohnenangriff am 26.01.14 nahe der Stadt Barawe in der Region Lower Shabelle dem Führer der al-Shabaab, Sheikh Mukhtar Abu Zubair alias Ahmed Abdi Godane, galt. Godane hat anscheinend überlebt. Unklar ist, ob er verletzt wurde. Ein hochrangiger Kommandeur der al-Shabaab, Ahmed Abdulkadir „Sahal Iskudhuq“, der als Vertrauter Godanes galt, soll bei dem Angriff ums Leben gekommen sein. Nach der Attacke soll al-Shabaab in Barawe mehrere Personen unter dem Vorwurf der Spionage festgenommen haben.

## **Côte d'Ivoire**

### **Angriff auf Homosexuellen-NGO in Abidjan**

Nach tagelangen homophoben Protesten in Côte d'Ivoire hat am 25.01.14 ein Mob von rund 200 Menschen das Büro der Homosexuellen-Organisation „Alternative Côte d'Ivoire“ in Abidjan angegriffen. Es kam zu Plünderungen und Zerstörungen des Inventars. Bei der Attacke wurde ein Wachmann verletzt. Der Polizei wurde vorgeworfen, erst mehr als zwei Stunden nach dem Alarm am Tatort eingetroffen zu sein.

In Côte d'Ivoire wurde bislang nur selten über von homophoben Übergriffen berichtet. Das Land gilt als liberal und wird daher auch häufig als „Hafen für afrikanische Homosexuelle“ bezeichnet. Laut Amnesty International gehört Côte d'Ivoire zu den wenigen Staaten, die Homosexuelle noch nie gesetzlich verfolgt haben. Allerdings berichten Aktivisten auch dort von schlechter werdenden Lebensbedingungen für Schwule und Lesben sowie von vermehrten Übergriffen. Als Grund wird eine generell homophobere Atmosphäre in Afrika genannt.

## **Türkei**

### **Korruptionsaffäre**

Nach türkischen Medienberichten mussten am 30.01.14 im Rahmen der Korruptionsaffäre über 800 weitere Polizisten neue Aufgaben übernehmen, davon mehr als 500 in Ankara. Die türkische Regierung hatte bereits zuvor Hunderte Polizisten und Staatsanwälte versetzt. Zuletzt war am 29.01.14 unter anderen der Istanbuler Staatsanwalt von seinen Aufgaben abgezogen worden, der die Razzien und Festnahmen zu den Korruptionsermittlungen angeordnet hatte.

## **Ukraine**

### **Proteste in der Ukraine gehen weiter**

Gestärkt durch die Solidaritätsbekundungen westlicher Politiker in der vergangenen Woche haben in der Ukraine erneut zehntausende Menschen gegen die Regierung von Präsident Viktor Janukowitsch demonstriert. Auf dem von Barrikaden umgebenen Unabhängigkeitsplatz in Kiew versammelten sich am 02.02.14 mehr als 50.000 Demonstranten. Die Oppositionsführer Vitali Klitschko und Arsenij Jazenjuk wurden von den Demonstranten in Kiew mit Jubel empfangen. Die USA und die EU hatten der Opposition bei der Münchener Sicherheitskonferenz am Wochenende ihre finanzielle Unterstützung zugesichert. In einer Ansprache vor Regierungsgegnern wies Klitschko das vom Parlament verabschiedete Amnestiegesetz zurück. Das Gesetz sei nicht akzeptabel, weil es die Freilassung der Inhaftierten von der Räumung besetzter Verwaltungsgebäude abhängig mache, so Klitschko. Damit würden die Oppositionellen zu „Geiseln“ gemacht. Der frühere Innenminister Juri Luzenko von der Vaterlandspartei der inhaftierten Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko sprach vor den Demonstranten von einem „neuen Kolonisierungsversuch“ der Ukraine durch Russland. Er forderte die Demonstranten zur Bildung von „Selbstverteidigungseinheiten“ im ganzen Land auf. Diese seien die beste Absicherung gegen ein mögliches Blutbad.

Nach einem Klinikaufenthalt von mehreren Tagen soll Präsident Janukowitsch am 03.02.14 seine Arbeit wieder aufnehmen. Am 30.01.14 hatte das Präsidialamt mitgeteilt, Janukowitsch befinde sich wegen Fiebers und einer Erkrankung der Atemwege in medizinischer Behandlung. Bei gewaltsamen Zusammenstößen mit Sicherheitskräften und Demonstranten wurden nach Angaben von Aktivisten bislang fünf Menschen getötet. Mehrere Oppositionelle wurden verschleppt und zusammengeschlagen. Auch Foltervorwürfe wurden in den vergangenen Tagen erhoben.

## **Serbien**

### **Vorgezogene Neuwahlen im März**

Zwei Jahre vor dem regulären Ende der Legislaturperiode werden am 16.03.14 vorgezogene Neuwahlen stattfinden. Der Seniorpartner der noch amtierenden Regierungskoalition, die rechtskonservative Serbische Fortschrittspartei (SNS) hat vorgezogene Parlamentswahlen beantragt, um den Reformstau zu lösen. Die

SNS hat führende Politiker der an der Regierung beteiligten Sozialisten (SPS) wiederholt als „Reformbremsen“ bezeichnet und mit kriminellen Machenschaften in Verbindung gebracht.

Die SNS genießt aktuell eine Wählerzustimmung von nahezu 45 %. Zu erklären ist der hohe Rückhalt in erster Linie mit der Person des Parteivorsitzenden und Vizepremiers Aleksander Vucic. Der 43-Jährige kann diverse Erfolge im Kampf gegen die Korruption verbuchen. Unter seiner Leitung sind erstmals auch - als unantastbar geltende - Oligarchen verhaftet und angeklagt worden.

Mit den Neuwahlen sollen klare politische Machtverhältnisse geschaffen und Reformen angegangen werden.

## **Indien**

### **Gericht stoppt Hinrichtung von abgeschobenem Inder**

Indiens oberstes Gericht hat die Hinrichtung des Sikh-Extremisten Devinder Pal Singh Bhullar vorläufig gestoppt. Ein neues ärztliches Gutachten soll prüfen, ob der heute 48-Jährige an einer psychischen Erkrankung leidet. Die Richter verwiesen auf eine Grundsatzentscheidung des Verfassungsgerichts aus der vergangenen Woche. Demnach können Todesstrafen bei „unzumutbaren, unangemessenen und langwierigen Verzögerungen“ in lebenslange Haftstrafen umgewandelt werden. Derzeit sitzen fast 500 Menschen in Todeszellen. Nachdem jahrelang keine Todesurteile mehr vollstreckt worden waren, kommt es seit November 2012 in sehr seltenen Fällen wieder zu Exekutionen.

Bhullar war im Dezember 1994 am Frankfurter Flughafen mit einem falschen Pass festgenommen und 1995 abgeschoben worden. Er wurde unmittelbar nach seiner Rückkehr inhaftiert. Ein Gericht verurteilte ihn wegen seiner Beteiligung an einem Attentat in Neu-Delhi, bei dem 1993 neun Menschen getötet wurden, zum Tode. Das Frankfurter Verwaltungsgericht verurteilte die Abschiebung zwei Jahre später als Rechtsverstoß. Zwar sei die Nichtanerkennung des Asylgrundes korrekt, aber Deutschland hätte Bhullar nicht nach Indien abschieben dürfen.

Deutsche Politiker setzten sich mehrfach für den Todeskandidaten ein. 2011 hatte der damalige Bundespräsident Christian Wulff in einem Brief an seine Amtskollegin Pratibha Patil sein Bedauern darüber geäußert, dass ein Gnadengesuch Bhullars abgewiesen worden war. Im Mai vergangenen Jahres appellierten Bundespräsident Joachim Gauck und der damalige Außenminister Guido Westerwelle an ihre Amtskollegen, die Todesstrafe in lebenslange Haft umzuwandeln.

## **China**

### **Aktivisten verurteilt**

Ein Gericht in Peking verurteilte Xu Zhiyong, den bekanntesten Vertreter der „Bewegung neuer Bürger“ (auch: „Neue Bürgerbewegung“), am 26.01.14 zu vier Jahren Haft. Yuan Dong, ein weiteres Mitglied der Bewegung, erhielt am 29.01.14 eine 18-monatige Haftstrafe, der Mitangeklagte Hou Xin eine Geldstrafe. Ihnen wurde „Störung der öffentlichen Ordnung“ vorgeworfen. Die Bewegung hatte u.a. Parteifunktionäre aufgefordert, ihre Vermögensverhältnisse offenzulegen.